

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 16./17. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 293

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Selektive Empörung

Der Aufschrei über Donald Tusk ist ganz schön bigott, findet Nelli Tügel

EU-Ratspräsident Donald Tusk schreibt in seiner Einladung für den EU-Gipfel, die 2015 beschlossene Flüchtlingsverteilung funktioniere nicht und sei »höchst spalterisch«. Nun ist Tusk als Befürworter einer Festung Europa bekannt und muss sicherlich nicht in Schutz genommen werden. Aber mit welcher Verve einige jetzt beklagen, Tusk hintertreibe die europäische Solidarität, indem er sich (angeblich) auf die Seite der östlichen Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingspolitik stelle, ist doch erstaunlich scheinheilig. Manch einer bemüht gar den Hinweis, Tusk sei ja selbst »Pole« – als wäre dies schon eine politische Gesinnung. Angela Merkel spricht davon, »selektive Solidarität« abzulehnen. Dabei ist die Empörung eine selektive; schließlich ließ auch Deutschland Italien und Griechenland jahrelang mit Flüchtlingen allein.

Davon ganz unabhängig: Tusk hat schlicht ausgesprochen, was Tatsache ist. Die Quote hat nie funktioniert, fast kein Land hat sie eingehalten – einige Visegrád-Staaten weigern sich gänzlich, sie anzuerkennen. Man kann natürlich so tun, als wäre dem nicht so. Erfolgversprechend aber ist das nicht. Was Merkel nicht sagt, ist, dass es bei der Debatte nicht nur wohl nicht einmal in erster Linie – um Flüchtlinge geht, sondern um Macht in der EU. Wenn einzelne Staaten Beschlüsse ignorieren, ist dies ein Affront gegen Deutschland als Supermacht Europas. Dass Tusk mit seinen Äußerungen Orbán und Co. »nachgibt«, ist auch deshalb für Merkel so ärgerlich.

Schwarz-Rot scrabbelt sich durch

Nun also doch: Die SPD will ab Januar mit der Union Möglichkeiten gemeinsamen Regierens sondieren



Foto: fotolia/chnes; Grafik: nd



Berlin. GroKo, KoKo, MiKo – das Politvokabular ist in Bewegung geraten. Der Not gehorchend, denn wenn bald der Heilige Abend eingeläutet wird, steht die Bundesrepublik genau drei Monate nach der Wahl noch immer ohne neue Regierung da. Am Freitag rang sich die SPD immerhin zu Sondierungsgesprächen mit der Union durch; CDU und CSU wollen eine erneute Große Koalition, bei den Sozialdemokraten schwebt manchem eine KoKo vor, eine Kooperationskoalition mit gelockerten Verbindlichkeiten. Als MiKo (Mini-GroKo) und VerKo (Verliererkoalition) verspottete LINKE-Chef Bernd Riexinger schon mal den neuen Anlauf. Die SPD-Linke fordert, weiterhin über eine Minderheitsregierung zu reden; für eine MiKo (Minderheitskoalition) aus Schwarz und Grün wäre mancher Grüne wohl zu erwärmen. Auch wenn das Ganze bis weit ins nächste Jahr andauern wird, sieht HeiKo (Maas) keine Staatskrise; der SPD-Justizminister findet, dass Demokratie eben Zeit braucht. Notfalls wird am Ende eine SoKo zur Lösungssuche eingesetzt. Als Chef schlagen wir GojKo (Mitic) vor, den großen, unbesiegbaren Häuptling. Wenn der es nicht kann, dann keiner. *wh* **Seiten 2 und 4**

Airport BER soll im Herbst 2020 öffnen

Chef der Flughafengesellschaft legte Aufsichtsrat neuen Termin vor

Berlin. Der künftige Hauptstadtflughafen BER in Schönefeld soll im Oktober des Jahres 2020 eröffnet werden. Diesen Termin schlug am Freitag der Vorsitzende der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB), Engelbert Lütke Daldrup, dem Aufsichtsrat vor. Das 20-köpfige Kontrollgremium der Flughafengesellschaft, das sich seit Freitagmorgen über den Zustand auf der Baustelle informieren hatte lassen, stimmte dem Vorschlag zu. Das berichteten am Freitagnachmittag übereinstimmend verschiedene Medien.

Ursprünglich sollte der BER im Herbst 2011 in Betrieb gehen. Aufgrund von Mängeln beim Brandschutz und dem Bau mussten die geplanten Termine immer wieder abgesagt werden. Von einst geplanten zwei Milliarden Euro stiegen die Baukosten inzwischen auf 6,5 Milliarden Euro an. Wie zusätzliche Kosten für den Bau gestemmt werden sollen, müssen nun die Flughafengesellschaft – Berlin, Brandenburg und der Bund – klären. Das Bundesland Berlin will bis März 2018 einen Finanzplan vorlegen. *mkr*

Weniger Neutralität im Internet

Entscheidung in den USA könnte auch Folgen für Europa haben

Berlin. Die in den USA von der Telekommunikationsaufsicht FCC gekippte Netzneutralität könnte Folgen für Nutzer in Deutschland haben. In Europa würden Verbraucher sie »indirekt zu spüren bekommen«, sagte Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands am Freitag. Die Marktmacht großer Anbieter werde wachsen, die Auswahl auch für europäische Verbraucher schrumpfen. Direkte Auswirkungen seien aufgrund der strengen Regelungen auf EU-Ebene aber vorerst nicht zu erwarten. Netzaktivist Markus Beckefahl erwartet jedoch, dass die US-Entscheidung einen Trend setzen wird. Vodafone und Telekom würden bereits heute mit Diensten wie StreamOn oder Vodafone Pass die EU-Verordnung aushöhlen.

Die US-Telekomaufsicht FCC hatte am Donnerstag die Regeln zur strikten Gleichbehandlung von Daten im Internet abgeschafft. Künftig können Anbieter Inhalte Vorrang geben oder andere verlangsamen. Große Konzerne können sich damit eine Überholspur im Netz erkaufen. *dpa/nd* **Seiten 2 und 8**

Luxemburg will Brüssel verklagen

Herzogtum will EU-Forderung nach Steuereintreibung nicht nachkommen

Luxemburg. Luxemburg wehrt sich gegen die Aufforderung der EU-Kommission, 250 Millionen Euro an unzulässigen Steuervergünstigungen von Amazon zurückzuverlangen. Das Großherzogtum werde gegen die Entscheidung der Kommission vor dem Gericht der Europäischen Union (EuG) klagen, erklärte das Finanzministerium am Freitag. Der Vorwurf, Luxemburg habe Amazon einen »selektiven Vorteil« gewährt, treffe nicht zu.

Die Kommission hatte Anfang Oktober argumentiert, Steuernachlässe für den Konzern verstießen gegen EU-Regeln zu Staatsbeihilfen. Durch die Vergünstigungen seien fast drei Viertel der Gewinne von Amazon nicht besteuert worden, erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Amazon habe nur ein Viertel der Steuern gezahlt, die andere, lokale Unternehmen entrichten mussten, obwohl sie den gleichen nationalen Steuerregeln unterlagen. Dies sei nach EU-Beihilfevorschriften verboten. Die Affäre war durch die sogenannten LuxLeaks-Enthüllungen ins Rollen geraten. *AFP/nd* **Kommentar Seite 2**

UNTEN LINKS

Der menschliche Einfallsreichtum zur Bewältigung komplexer Problemlagen ist grenzenlos. Das wissen wir seit der Erfindung von Thermomix oder doppelseitigem Klebeband. Unangemessenes menschliches Verhalten zu unterbinden, ist seit der Überbetonung von Ethik und Moral immer schwieriger geworden. Aber wie so vieles, ist auch dieser Bereich dem Retrotrend unterworfen. Schon im Mittelalter galt: Keep it simple. Und voilà, hier kommt sie, die Sandweste für aufmüppige, hibbelige Schulkinder. An zwölf Hamburger Schulen wird sie gerade getestet. Angeblich wird heftig gestritten, wer die Teile umschnallen darf. Gewicht wirkt beruhigend, und für die überschlaun Kinder, die andere nerven, weil sie schon drei Galaxien weiter sind, ist es eine prima Sache, um mal runterzukommen. Als nächstes im Bildungsausschuss: leichte Stromschocks im Bett für Zuspätkommer und Fußfesseln für die, die beim Wandertag zehn Meter oder weiter vom Lehrer entfernt sind. *cod*

Machtgerangel zwischen Merkel und Tusk

Beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs ist der Streit über die Flüchtlingsquote erneut entbrannt

Donald Tusk sorgte schon zu Beginn des EU-Gipfels für einen Eklat, als er die Flüchtlingsquote für gescheitert erklärte. Angela Merkel positionierte sich klar gegen diese Feststellung.

Von Nelli Tügel

Beim EU-Gipfel in Brüssel ist der Streit um die europäische Flüchtlingspolitik wieder aufgeflammt. Geplant war dies nicht, wenigstens nicht von der geschäftsführenden deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). EU-Ratspräsident Donald Tusk hingegen dürfte seine Worte, die die Debatte ins Rollen brachten, durchaus mit Bedacht und Kalkül gewählt haben.

Tusk hatte in seinem Einladungsbrief für das Gipfeltreffen an die EU-Staats- und Regierungschefs geschrieben, verpflichtende Quoten bei der Verteilung von Flüchtlingen seien »höchst spalterisch«. Der Ansatz habe »unverhältnismäßige Aufmerksamkeit« bekommen und sei außerdem unwirksam, so Tusk weiter. Er appellierte an die Gipfelteilnehmer, eine Reform des EU-Asylsystems auf »einvernehmliche Art« zu beschließen. Kurz vor Beginn des Gipfels sagte Tusk noch, die

»Trennlinie« in Europa verlaufe beim Thema Migration »zwischen Ost und West«. Die Gräben seien »von Emotionen begleitet, die es schwierig machen, auch nur eine gemeinsame Sprache zu finden«. Auch nach dem Gipfel sagte Tusk, er habe seine Meinung »kein bisschen geändert«.

Damit hat Tusk diejenigen in der EU, die wie die deutsche Bundeskanzlerin und die EU-Kommission auf der Quote bestehen, desavouiert. Erst kürzlich hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen drei der vier Visegrád-Staaten – Tschechien, Ungarn und Polen – beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) angerufen, weil diese sich nicht an die 2015 beschlossene Verteilung von 120 000 in Griechenland und Italien gestrandeten Flüchtlingen innerhalb der EU beteiligen.

Obwohl der Gipfel sich anderen Themen wie dem Brexit oder Reformen der Euro-Zone widmen sollte, spielte die Migrationspolitik eine große Rolle. Angela Merkel verwies dabei gemeinsam mit mehreren Kollegen Tusk in die Schranken. Auf der Gegenseite positionierten sich bereits am ersten Tag des Gipfels, am Donnerstag, Ungarns Premierminister Viktor

Orbán und andere östliche Regierungschefs. Merkel sagte schon bei ihrer Ankunft, »dass die Beratungsgrundlagen, die wir von unserem Ratspräsidenten bekommen haben, heute noch nicht ausreichen«. Die EU benötige nicht nur Solidarität bei der Migrationspolitik an

»Denn so eine selektive Solidarität kann es nach meiner Auffassung unter europäischen Mitgliedstaaten nicht geben.«

Angela Merkel

den Außengrenzen, sondern auch im Inneren. »Denn so eine selektive Solidarität kann es nach meiner Auffassung unter europäischen Mitgliedstaaten nicht geben.«

Unstrittig ist unter den Regierungen der EU-Staaten die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie Libyen und der Türkei sowie der »Schutz« der Außengrenzen. Die Solidarität nach innen – also die Verteilung von Flüchtlingen in der EU – ist hingegen seit Jahren ein Zankapfel. Bis 2015 hatte auch

Deutschland unterproportional wenige Flüchtlinge aufgenommen und mit Hilfe des Dublin-Systems Migranten ferngehalten.

Innerhalb des Dublin-Systems sollen nun auch dauerhaft Quoten eingeführt werden. Das würde Ländern wie Italien und Griechenland, in denen die meisten Flüchtlinge ankommen, helfen. Im jetzigen Dublin-System ist meist das Land zuständig, in dem ein Asylbewerber zuerst EU-Boden betritt. Merkel betonte in Brüssel: »Das jetzige Dublin-System funktioniert überhaupt nicht, und deshalb brauchen wir hier auch nach innen solidarische Lösungen.«

Auch Österreichs (Noch)Bundeskanzler Christian Kern und der niederländische Premier Mark Rutte gehörten zu den Kritikern des Ratspräsidenten. Gegen verbindliche Quoten stellten sich hingegen – wie schon in der Vergangenheit – mehrere osteuropäische Staaten. Allerdings wollten sie »Solidarität« in anderer Hinsicht beweisen. Die Regierungschefs der Visegrád-Gruppe versprachen laut Orbán über 30 Millionen Euro zum »Schutz« der EU-Außengrenzen und für »Maßnahmen« in Libyen. Denn hier funktioniere die EU-Migrationspolitik, so der ungarische Premier. *Mit Agenturen* **Seite 6**

